

Sigmar Gabriel 2

Interview mit dem SPIEGEL: „Wir erleben das Ende einer Epoche“ (2013)

Im Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin stellt SPD-Parteichef Sigmar Gabriel klar, unter welchen Bedingungen Banken verstaatlicht werden sollten, warum er eine Trennung von Investment Banking und Geschäftsbanken fordert und dass die Ideologie der Neoliberalen gescheitert ist.

SPIEGEL: Herr Gabriel, es scheint, als gehöre Kapitalismuskritik derzeit zum guten Ton, selbst FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher ist ins Lager der

Kapitalismuskritiker gewechselt. Warum bleibt die SPD dem bisherigen System treu?

Gabriel: Wie kommen Sie darauf, dass wir das täten? Wir kritisieren schon lange, dass der Finanzkapitalismus versucht, sich fast aller demokratischen Einflussnahme zu entziehen. Wir Sozialdemokraten sind der Überzeugung, dass man den Kapitalismus ein zweites Mal bändigen muss. Das erste Mal ist uns das national über viele Jahrzehnte lang gelungen. Das reicht nicht mehr. Jetzt müssen wir es in Europa und eigentlich weltweit schaffen.

SPIEGEL: Bändigen, na schön. Warum so zahm, so systemkonform?

Gabriel: Weil es nicht um die Wiederbelebung der alten Scheinalternativen des Kommunismus geht, sondern um die Rückeroberung von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Es geht nicht um Kapitalismus oder Kommunismus, sondern um die Rückeroberung der sozialen Marktwirtschaft.

SPIEGEL: Das ist ja reizend, wie Sie hier den Kapitalismus verteidigen.

Gabriel: Mache ich ja gar nicht. Ich halte nur nichts von Scheinradikalität. Die neue soziale Frage dieses Jahrzehnts heißt: Demokratie oder Finanzherrschaft. Die Antwort darauf entscheidet auch über die Zukunft Europas. Wir erleben gerade das Ende einer Epoche: die Ideologie der Neoliberalen ist weltweit gescheitert. Die Anbetung der grenzenlosen Freiheit der Märkte hat die Welt an den Rand des Ruins geführt. Die Antwort darauf wird die Wiederentdeckung des Gemeinwohls und sozialer und ökologischer Spielregeln für die Marktwirtschaft sein. Nicht die Wiederentdeckung der kommunistischen Staatswirtschaft. Die SPD war nie in Gefahr, in eines der beiden Extreme zu verfallen: hier die wirtschaftliche Staatsgläubigkeit der Linkspartei und dort die wirtschaftliche Staatsfeindlichkeit von FDP und Teilen der Union. Beides sind gescheiterte Ideologien.

SPIEGEL: Das haben Sie auch schon vor drei Jahren versprochen, während der ersten Finanzkrise.

Gabriel: Aber es war nicht unsere Schuld, dass nichts geschehen ist. Fast alles, was Sozialdemokraten wie Peer Steinbrück während der Finanzkrise entwickelt hatten, wurde ja nach dem Regierungswechsel zu CDU/CSU und FDP gestoppt. Sogar die gefährlichen Spekulationen mit Leerverkäufen wurden erst mal wieder erlaubt. Es ist wie mit dem Elbhochwasser: Immer wenn das Wasser im Keller steht, dann sind sich alle einig darüber, nie wieder Häuser in Überschwemmungsgebieten zu bauen. Und wenn das Wasser weg ist, dauert es nicht lange, bis wieder die ersten Häuser geplant werden. Kaum schien die Krise bewältigt zu sein, sind alle wirklich wirksamen Vorschläge liegen gelassen worden.

SPIEGEL: Das mit der Bändigung scheint trotzdem nicht gelungen zu sein. Es reiht sich Krise an Krise.

Gabriel: Dreißig Jahre Neoliberalismus und Marktradikalismus haben ihre Spuren hinterlassen. In Europa regieren in 27 Mitgliedsstaaten 23 liberal-konservative Regierungen. Angela Merkel und ihre konservativ-liberale Parteienfamilie in Europa haben nach der Finanzkrise 2008/2009 gedacht, man könne so weitermachen wie bisher. Und ihr Zaudern und Zögern in der aktuellen Finanzierungskrise in der Euro-Zone rührt ja auch daher. Die SPD hat von Anfang an gesagt: erlasst den Griechen unter Beteiligung von Gläubigern 50 Prozent ihrer Schulden, setzt endlich die Besteuerung der Finanzmärkte durch und nutzt das Geld für europäische Investitionen in Südeuropa für Wachstum und Beschäftigung. Aber das passte nicht ins Weltbild der Konservativen und Liberalen.

SPIEGEL: Und jetzt wollen Sie die Banken verstaatlichen?

Gabriel: Ich will Banken nur dann verstaatlichen, wenn sie vom Staat Geld brauchen und ihre Pleite unabsehbare Folgen für die gesamte Wirtschaft hätte. Wir haben zwei Aufgaben: in der Währungsunion den Geburtsfehler zu beseitigen und endlich zu einer gemeinsamen Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik zu kommen. Da machen CDU/CSU und FDP nur scheinbar mit, denn wieder hindert sie ihre Ideologie: sie finden nach wie vor den Steuersenkungswettbewerb in Europa richtig. Und wir müssen die Banken wieder zu Dienern der Realwirtschaft machen. Richtig wäre eine Trennung von Investment Banking und Geschäftsbanken. Jeder Mittelständler der einen Kredit braucht, wird morgen in Schwierigkeiten kommen, wenn eine Bank pleite zu gehen droht, weil sie sich im Investmentbanking verzockt hat.

SPIEGEL: Sie wollen also die Deutsche Bank zerschlagen, die 70 Prozent ihrer Umsätze im Investmentbanking macht?

Gabriel: Ich möchte, dass bei dem Geschäftsfeld des Investmentbanking ein ganz großes Schild an der Tür steht mit der Aufschrift: „Hier endet die Staatshaftung.“ Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass Leute mit ihrem Geld spekulieren. Ich verbiete auch niemandem, ins Spielcasino zu gehen. Aber wenn die Zockerei schief geht, sollen die Spekulanten mit ihrem Geld dafür haften und nicht unschuldige Dritte. Was wir derzeit haben, ist ein Verlustsozialismus. Was schief geht, trägt die Allgemeinheit und was gut geht, wird privatisiert. Die Anbeter der Freiheit der Märkte haben das wichtigste marktwirtschaftliche Prinzip außer Kraft gesetzt: dass Risiko und Haftung zusammen gehören.

SPIEGEL: Warum hat die SPD zur Zeit der großen Koalition nicht auf eine solche Trennung hingewirkt?

Gabriel: Wir haben diese Debatte während der Finanzkrise in der Großen Koalition geführt, ganz intensiv sogar. Leider ist sie dann nach 2009 nicht weiterverfolgt worden. Jetzt wird sie Gott sei Dank sogar von der OECD gefordert.

SPIEGEL: Die Linkspartei hat schon vor der Krise die Verstaatlichung von Banken gefordert. Hatte Sahra Wagenknecht am Ende doch Recht?

Gabriel: Gewiss nicht. Auch viele Staatsbanken haben sich doch in der Finanzkrise nicht besser verhalten. Die Frage, ob eine Bank privat oder öffentlich-rechtlich ist, hat offensichtlich wenig mit der Frage zu tun, was sie anstellt. Sondern die Politik muss den richtigen Rahmen für die Finanzmärkte setzen. Ich muss die Privatbanken auch etwas in Schutz nehmen. Die Banken sind ja in der aktuellen Krise Täter und Opfer zugleich: Täter, weil sich die Staaten ungeheuer verschulden mussten, um die katastrophalen Folgen der Banker-Zockerei 2008/2009 zu bewältigen. Und Opfer, weil sie den Zusagen der Staaten vertraut haben, kein Staat könne Pleite gehen. Nun erleben sie das Gegenteil und haben dafür keine Vorsorge.

SPIEGEL: Sigmar Gabriel, der Bankenversteh?

Gabriel: Die Banken und die Finanzmärkte haben massiv gegen das Gemeinwohl verstoßen. Aber das war nur möglich, weil die Politik das zugelassen hat.

SPIEGEL: Können Sie verstehen, dass viele deutsche Steuerzahler es nicht einsehen, für die Fehler dieser Staaten gerade zu stehen?

Gabriel: Mehr als das. Der Zorn vieler Menschen, dass sie immer die Zeche zahlen müssen, wenn andere gierig sind oder die Politik versagt, der ist doch berechtigt. Ich kann jeden verstehen, der sauer über das unverantwortliche Verhalten der konservativen Vorgänger des griechischen Premiers Papandreou ist. Der Sozialdemokrat Papandreou löffelt ja die Suppe aus, die ihm andere eingebrockt haben. Ich muss den Menschen in Deutschland aber sagen: Das ist alles mehr als schlimm, aber wenn wir uns nicht einmischen, sind auch eure Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Deutschlands Wohlstand hängt auch davon ab, dass es anderen gut geht, damit sie sich unsere Autos und Maschinen leisten können. Mein größter Vorwurf an Frau Merkel ist, dass sie den Menschen das nicht erklärt hat. Stattdessen hat sie mit antieuropäischen Ressentiments gespielt. Sie hat die Leute auf die Bäume gebracht und hat jetzt Mühe, sie wieder runterzubekommen.

SPIEGEL: Ein weiteres Problem ist, dass nun an den Märkten auf die Pleite ganzer Staaten zu spekulieren. Müssen bestimmte Wetten verboten werden?

Gabriel: Ja natürlich.

SPIEGEL: Als die SPD in der Regierung war, beugte sie sich noch dem Argument dass es nichts bringe, bestimmte Wetten zu verbieten, weil dann eben in London, New York oder auf den Bahamas gewettet würde. Gilt das nicht mehr?

Gabriel: Ich war ja mal Umweltminister. Immer wenn es um Gesetzgebung zum Umweltschutz ging, habe ich zu hören bekommen: Wenn wir das nur in Deutschland machen, wandert die Wirtschaft nach Europa ab. Und wenn es um europäische Regelungen ging, hieß es, dann gehe die Wirtschaft nach China. Aber am Ende war das Gegenteil der Fall. Durch die Auflagen war die Umwelt besser geschützt, und gleichzeitig wurden die Unternehmen produktiver.

SPIEGEL: Was heißt das für die Regulierung der Märkte?

Gabriel: Wir müssen damit in der Eurozone beginnen, schließlich wissen wir, dass die Briten kaum mitmachen werden. Der erste Schritt muss die Finanzstransaktionsteuer sein. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Finanzmärkte endlich besteuert werden, damit nicht die Steuerzahler für alles haften. Dass CDU/CSU und FDP das seit 2009 hintertreiben, beschädigt die demokratische Kultur in Deutschland und Europa. Jeder Bäcker muss Umsatzsteuer für seine Brötchen verlangen. Nur für Finanztransaktionen gilt das nicht. Das kann ich niemandem erklären. Ich kann auch das Gequatsche von den Damen und Herren aus Anwaltskanzleien und Lobby-Verbänden nicht mehr hören, die uns immer noch erklären, die Finanztransaktionssteuer sei Unsinn. Ich nehme denen ihren Egoismus nicht mal übel, aber sie sollen endlich aufhören, ihre privaten Geschäfte zum Gemeinwohl zu erklären. Die Politik hat viel zu lange auf diese a-sozialen Lobbyisten gehört.

SPIEGEL: Lange Zeit war es aber auch Ihr Bundesfinanzminister, der argumentiert hat: Wenn wir das machen, findet das Geschäft eben in London statt.

Gabriel: Ich bestreite nicht, dass in der Vergangenheit auch Sozialdemokraten Fehleinschätzungen hatten.

SPIEGEL: Unter anderem haben Sie die Möglichkeiten erweitert, faule Kredite aus der Immobilienkrise zu verbriefen.

Gabriel: Ja, das Verbriefungsgesetz ist einer der Fehler, deren Folgen wir gespürt haben. Aber zur Wahrheit gehört ja auch der politische Kontext, in dem das alles passiert ist.

SPIEGEL: Es hat Sie doch niemand zur Deregulierung gezwungen.

Gabriel: Aber der öffentliche Diskurs war bestimmt von sogenannten Ökonomen, die sich wie Theologen aufgeführt haben, indem sie Glaubenssätze verkündeten. Auch der SPIEGEL ist damals der herrschenden Lehre aufgesessen und hat uns erklärt: Je weniger Staat, desto besser.

SPIEGEL: Ein Mann hat sich damals der herrschenden Lehre widersetzt: Oskar Lafontaine hat früh vor Fehlentwicklungen am Finanzmarkt gewarnt. Hätte die SPD ihm folgen müssen?

Gabriel: Oskar Lafontaine hat mit Sicherheit in seinem Leben einiges gesagt, das richtig war. Aber eben auch falsche Konsequenzen daraus gezogen. Natürlich hätten wir aus heutiger Sicht mehr tun müssen, um uns den Wünschen nach Deregulierung der Finanzmärkte zu widersetzen.

SPIEGEL: Das Gegenbeispiel zu Lafontaine ist Ihr ehemaliger Finanzminister Peer Steinbrück. Der wollte noch 2006 das Verbriefungswesen weiter ausbauen.

Gabriel: Mitarbeiter seines Finanzministerium wollten das. Und weil er klug ist, hat er es aber nicht gemacht.

SPIEGEL: Aber nur weil die Finanzkrise dazwischen kam. Sein Staatssekretär Asmussen hatte weitere Schritte in diese Richtung bereits angekündigt.

Gabriel: Natürlich können Menschen auch Fehler machen, und das trifft sicher auch auf Mitarbeiter des Finanzministeriums zu.

SPIEGEL: Peer Steinbrück gilt in der Öffentlichkeit als besonders kompetent bei der Krisenbewältigung. Ist das angesichts massiver Fehleinschätzungen in der Vergangenheit gerechtfertigt?

Gabriel: Noch mal: Er ist diesen Fehleinschätzungen als es darauf ankam gerade nicht aufgesessen. Im Gegenteil: Peer Steinbrück hat gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier Deutschland hervorragend durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gebracht. Und zwar weil sie das Gegenteil dessen gemacht haben, was die Theologen der Wirtschaftswissenschaft, der Medien und von CDU/CSU/FDP damals zur herrschenden Lehre erklärt hatten: Von der Kurzarbeiterregelung bis zu den Konjunkturprogrammen und zur Abwrackprämie. Das widersprach allem, was bis dahin öffentlich von den Marktradikalen als richtiges Verhalten in einer Rezession beschrieben wurde.

SPIEGEL: Bevor sie zu Krisenmanagern wurden, hatten beide erst einmal kräftig dereguliert. Aus dem Trio der möglichen SPD-Kanzlerkandidaten sind Sie in dieser Hinsicht der einzig Unbelastete.

Gabriel: Sie werden auch von mir Fehleinschätzungen zu anderen Themen finden. Am Ende ist wichtig, dass man daraus lernt. Das unterscheidet die SPD derzeit drastisch von Union und FDP.

SPIEGEL: Eine andere Fehleinschätzung der Politik in den vergangenen Jahrzehnten war die, dass Schulden nicht schön, aber auch nicht dramatisch sind. Was wir derzeit erleben ist auch eine Folge dieser verantwortungslosen Haltung der Politik. Brauchen

wir einen Paradigmenwechsel hin zur Aussage: Schulden führen in die Katastrophe?

Gabriel: Den haben wir längst vollzogen, sonst gäbe es keine Schuldenbremse in der Verfassung - die haben übrigens Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier vorgeschlagen. Allerdings versuchen aktuell Teile der Regierung, dagegen zu verstoßen, indem sie Steuersenkungen auf Pump vorbereiten. Die SPD hat gerade ein Finanzkonzept vorgelegt, dessen erste Priorität lautet: Schuldenabbau, denn zu hohe Staatsschulden sind immer unsozial. Die Zinsen hoher Staatsschulden bekommen nämlich diejenigen, die genug Geld haben, es dem Staat zu leihen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Sie den Primat der Politik über die Wirtschaft je zurückerobern können?

Gabriel: Wir merken gerade, dass die Demokratie unter die Räder gerät. Die europäischen Staats- und Regierungschefs tagen ja inzwischen bevorzugt am Wochenende, nach dem Schluss der amerikanischen Börsen und vor der Öffnung der Tokioter Börse, damit sie überhaupt noch Entscheidungen treffen können, ohne dass die Finanzmärkte verrückt spielen. Wenn der Terminkalender der Politik an den Schluss- und Öffnungszeiten der Börsen ausgerichtet werden, ist für alle offensichtlich, dass die Demokratie verliert.

SPIEGEL: In der Wahrnehmung der Menschen wirkt das als sei die Politik ohnmächtig.

Gabriel: Das ist gefährlich für die Demokratie und ganz besonders für die Sozialdemokratie. Politik lebt davon, dass Menschen einen Hoffnungsüberschuss haben. Sie müssen daran glauben, dass Engagement das Leben verbessern kann. Wir erleben aber gerade, dass dieser Glauben in fast allen Demokratien der westlichen Welt erodiert. Das ist das, was mir am meisten Angst macht. Aber die Geschichte von fast 150 Jahren Sozialdemokratie zeigt auch: der Kampf um die Demokratie lohnt sich.